



# Hamburgischer Anzeiger

Verein der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

№. 30

Hamburg, den 28. Juli 1917

Preis 10 Pf. pro Stück, 30 Pf. pro Quartal, 1.00 Pf. pro Semester, 3.00 Pf. pro Jahr.

31. Jahrg.

## Neue Organisationsmethode, sondern Organisationsverbesserung

Schon vor Jahren wurde bei uns die Notwendigkeit der Organisationsverbesserung im Malergewerbe hervorgehoben. Die Maler sind im wesentlichen eine kleine Gruppe von Einzelkämpfern, die sich durch ihre Arbeit ernähren. Die Organisationsverbesserung ist notwendig, um die Interessen der Maler zu wahren und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt.

Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt.

Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt.

Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt.

Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt.

Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt. Die Organisationsverbesserung ist eine Aufgabe, die nicht nur den Malern, sondern auch den Auftraggebern und der Allgemeinheit nützt.

## Ein Kuster gegen angemessene Löhne im Malergewerbe.

In Nummer 23 des „Hamburgischer Anzeiger“ stellten wir fest, daß im Organ des Bundes der Dekorationsmalers unsere Forderungen nach Löhnerhöhung rücksichtslos und ungerührt genannt und erklärt wurde, der bisher gezahlte Lohn sei sehr anständig; bei ihm können die Maler glücklich sein usw. usw. und ausfallen usw. usw. Jetzt meldet sich nun der damals schamhaft verschwiegene Artikelschreiber, Herr Schieder, Breslau, um seine unangenehme Denkart näher zu begründen. Die Redaktion des Bundesorgans, die den ersten Artikel durch eine zwar recht vor-

zügliche, aber dennoch als Zustimmung zu besternde Schlussbemerkung unterstützte, enthält sich diesmal jeder Äußerung und Herr Schieder selbst will nur als „Einseitiger“ betrachtet sein, für dessen Äußerung niemand anders verantwortlich gemacht werden dürfte.

Doch nun zur Sache: Auch Herr Schieder wünscht den Malern so hoch als mögliche Löhne; doch sollte vorher die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Arbeitgeber „Anforderungen auch mit Bedacht tragen können“. Wenn demnach die Maler sich nicht um eine Erhöhung ihrer Preise und um die wirtschaftliche Bedingung unserer Berufsstände kümmern, können also niemals Lohnforderungen gestellt; auch nicht, wenn insofern die Ausgaben für den Lebensunterhalt der breiten Volksmassen fortgesetzt steigen. Nicht, nach den notwendigen Aufwendungen für den Lebensunterhalt und den an den Arbeiter gestellten allgemeinen Anforderungen muß sich die Lohnhöhe richten, und die demnach erforderlichen Lohnforderungen müssen für die Arbeitgeber ein Ansporn sein, ihre Preise zu erhöhen; genau so wie sie das tun müssen, wenn die Materialpreise, Mietpreise und andere Geschäftskosten steigen. Warum geht es allmal nicht, wenn der Arbeiter etwas haben muß, während man bereitwillig geht, wenn für andere, die Gegenstände mehr, oft vielfach mehr gefordert wird?

Wichtige Punkte, so meint Herr Schieder weiter, existieren immer ein höheres Einkommen, schon als noch niemand an Löhne gedacht hätte. — Wer sind diese wichtigen Punkte? Sind das hundert oder tausend besonnen hochqualifizierte Geister, oder sind das zwanzig, dreißig, vierzigtausend andere, die zwar keine Hebräer sagen können, aber trotzdem nicht weniger notwendige und unsere Berufsstände in der Haushaltung ausmachenden Arbeiterkräfte sind. Wenn deren Lohnniveau, also das der großen Mehrheit (auf die nicht Herr Schieder allerdings als „einseitiger“ mit der gebührenden Verachtung herab) nicht gehoben wird, dann können auch die geüblichen als „wichtig“ bezeichneten Kräfte kein gehobenes Einkommen erzielen; denn dieses steht in unmittelbarer Beziehung zu dem der übrigen Gesellschaft. Darum wird unsere Organisation nicht nur für eine obere Schicht von Geistes, sondern für die Allgemeinheit der Berufsgruppen, und zwar zum Nutzen aller.

Sehr interessant und kurios zugleich ist, wie Herr Schieder die Notwendigkeit des Einkommens oder gar der Verdienstmöglichkeit der Löhne beurteilt. Er schreibt:

Raum war eine Lohnforderung eingetreten, so kam als erstes die Steuererhöhung, bald darauf die Erhöhung der Versicherungsbeiträge; dann wurde das Fleisch teurer, Schuster- und Schneider folgten mit Erhöhung ihrer Preise, wie denn die vielen andern Bedürfnisse sich langsam oder sicher verteuerten. Ganz zuletzt steigerte der Hausbesitzer die Mieten nachgedrungen. Ein Hehl trieb den andern, bis nach geraumer Zeit der Zustand wieder derselbe war, wie bei der letzten Lohnforderung.

Sehr richtig, Herr Schieder: Ein Hehl trieb den andern. Nur liegt unserer Beobachtung nach die Sache genau umgekehrt wie Sie es dargustellen behaupten. Es stiegen die Ausgaben für Steuern (Steuern und indirekte), für Versicherungen, für Fleisch, für den Schuster, Schneider, Hauswirt usw. Vorwurfslos ist so die Lebenshaltung des Arbeiters so mühe er seinen Lohn erhöhen und da er einzeln mit diesem Besuche gewöhnlich abfiel, gewann er die Überzeugung, daß ihm nur ein gemeinsames Vorgehen helfen könne, und es kam zu allgemeinem Lohnbewegungen.

Die völlig falsche die Beweisführung des Herrn Schieder ist, ist schon auch nur einigermaßen ernst zu nehmenden Beobachter der heutigen Verhältnisse klar. Wird gegenwärtig auch nur ein Mensch bestreiten, daß die jetzigen Löhnerhöhungen eine direkte Folge unerhörter Preissteigerungen, hervorgerufen durch die englischen Absperrungsmaßnahmen, durch andere natürliche Kriegsfolgen, in besonderer Weise aber durch das gewissenlose Treiben einer Bande von Wucherern sind? Wir trauen es selbst Herrn Schieder nicht zu, daß er es wagen wird, auszusprechen, daß die Löhnerhöhungen die Wucherer erst auf die Beine gebracht und die Preise in die Höhe getrieben haben.

Und wie jetzt, was es in Friedenszeiten. Auch da waren Lebensmittelwucherer, Steuer-, Miet-, Mietstreiber usw. fortgesetzt an Werke. Die Lohnforderungen spielten eine ganz untergeordnete Rolle und sind immer erst die Folge der vorhergegangenen Verwertung des Lebensunterhaltes gewesen. Bei all unsern Lohnbewegungen konnten wir auf vorhergegangene Preissteigerungen hinweisen, und in den früheren Schiedsprüchen steht es schwarz auf weiß, daß allemal unter Berücksichtigung auch der Lage der Arbeitgeber kein voller Ausgleich der eingetretenen Löhnerhöhung erzielt werden konnte. Das sollte später geschehen. Indessen aber wurde die bekannte Schraube ohne Ende weiter gedreht: nicht von den Arbeitern und ihren Organisationen, sondern von Leuten, denen Herr Schieder gefolgsamlich näher steht als wir; die „Lohnschraube“ folgte erst später nachgedrungen.

Trotzdem diese Tatsachen gerade jetzt so offensichtlich sind, magt man es, in der gekennzeichneten Art zu reden, dabei verstedte Seitenhiebe den Regierungsvorstehern zu versehen, die die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen und ihre oberflächliche Begründung sich aneignen. Natürlich läuft auch der Verräter darüber mit nebenher, daß die Sozialdemokratie sich jetzt eines nicht geringen Einflusses auf die Staatsleitung rühmen könne. Denn so etwas kommt Arbeitern nicht zu; die sind nur da, von andern zu weinflucht zu werden.

Darin hat Herr Schieder völlig recht: er könnte mit Entgegnungen reden, den „Vereins-Anzeiger“ und die Gewerkschaften überzeugen er niemals. Da dürfte er nicht den handhabeinstimmigen Tatsachen Gewalt antun und sich nicht als jedes sozialen und wirtschaftlichen Verständnisses bar zeigen. Wenn er so einzig — soll heißen vereinzelt — bleibt wie er sich selbst gibt, dann bangt uns nicht darum, daß bei dem Ausbau unserer zukünftigen Lohnverhältnisse die beiden seitigen Organisationen sich sehr wohl verständigen könnten; sondern seine Auffassungen auch nur in kleineren Kreisen der Arbeitgeber geteilt werden, so behält er recht; dann bleiben die Interessengegensätze in aller Schroffheit bestehen.

### Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften Deutschlands über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz.

Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer allgemeinen Sozialistenkonferenz an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter, zu Händen des Genossen Wladimir Kolanoff, zurzeit in Stockholm, ab:

Werte Genossen! Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die von der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vorherrschenden anarchoanarchistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unabweislich ihre Kriegsziele bekennen oder bei der Bekanntgabe als ihre Kriegsziele Eroberungen oder finanzielle Vergeßlichkeit bezeichnen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihrer Vorstände und ihres Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedens-Plattform des Arbeiter- und Soldatenrates erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundsätzen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen, und daß alle an der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der Kriegführender Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm gelingen wird, für eine gemeinsame Arbeit aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

- Mit sozialistischen Grüßen!
- Für den Vorstand der sozialistischen Partei Deutschlands: gez.: F. r. i. s. c. h. e. r. t.
- Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: gez.: E. L. e. g. i. e. n.
- Für die Delegation der deutschen Sozialdemokratie: gez.: S. M. ü. l. l. e. r.

### Die Eingabe der Generalkommission in der Kohlenfrage.

Die Generalkommission hat unter dem 6. Juli an den Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Helfferich, folgende Eingabe gerichtet:

Die Generalkommission hat unter dem 6. Juli an den Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Helfferich, folgende Eingabe gerichtet:

Die Untergliederung erlaubt sich, Euer Excellenz darauf aufmerksam zu machen, daß in der Kohlenversorgung, wenn nicht bald Eingriffe unternommen werden, um eine möglichst gleichmäßige Einschränkung des Verbrauchs und gleichmäßige Versorgung, besonders für Hausbrandlose, herbeizuführen, die Schwierigkeiten von Tag zu Tag sich steigern und vor zum Winter in ganz unerträgliche Zustände kommen.

Seit Monaten steht fest, daß der volle Bedarf des Kohlenverbrauchs nicht gedeckt werden kann. Auch die zur Steigerung der Produktion getroffenen Maßnahmen, die Verwirklichung von mehr Arbeitskräften, wird das Uebel nur mildern, nicht vollständig beseitigen können. Die Bevölkerung ist in großer Sorge, wie sie ihren Bedarf an Hausbrandlose decken kann, und noch viel größer ist die Erbitterung und Unzufriedenheit darüber, daß eine gleichmäßige Einschränkung des Bedarfs bisher nicht herbeigeführt ist. Wir haben gegenwärtig den Zustand, daß der Kohlenhandel diejenigen Leute, die große Bestellungen machen können, voll beliefert. Zahlreiche Familien, die 10 000 und mehr Preßkohlen geliefert bekommen, sind aller Sorge enthoben, während der große Teil der Bevölkerung, der nicht die Mittel hat, große Einkäufe zu machen, eine Belieferung nicht erlangen kann. Dazu kommt, daß für den Winter der Bedarf für eine große Anzahl von Haushaltungen gedeckt werden soll, die keine Lagerräume haben und sich nur für den Zeitraum von Tagen oder Wochen eindecken können. Schon in einer Eingabe vom 10. Mai dieses Jahres hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, dem alle Gewerkschaftsgruppen angeschlossen sind und auch ein Teil der Angestelltenverbände, das dringende Ersuchen an Euer Excellenz gerichtet, dafür zu sorgen, daß eine Rationierung vorgenommen wird und zunächst eine gleichmäßige Belieferung aller erfolgt, die Kohlen lagern können. Man fragt sich vergeblich, weshalb eine so einfache Maßnahme nicht längst angeordnet werden konnte, weshalb nicht von vornherein die Rationierung durch die Ausgabe von Kohlenkarten festgelegt wird. Die Maßnahmen, die gegenwärtig getroffen werden, ändern die Notlage nicht. Die Gemeinden erlassen eine Umfrage, wieweit sich die Bevölkerung bereits eingedeckt hat. Diese Umfrage kann natürlich nicht verhindern, daß zunächst ganz unwahre Angaben gemacht werden, und es ist auch wohl kaum damit zu rechnen, daß diejenigen, die über ihren Bedarf oder die Quote hinausgegangen sind, die man bei der Rationierung ihnen zumessen kann, nunmehr aus ihren Beständen etwas herausgeben. Es wäre sehr bedauerlich, das zu fordern. Wir verlangen es auch. Aber das Verleihen und unglaublich Nachlässige in der Regelung der Kohlenversorgung tritt uns gerade mit dieser Maßnahme entgegen. Nicht mit Unrecht erhebt heute die minderbemittelte Bevölkerung den Vorwurf, daß von der Reichsregierung und auch von den Kommunalverbänden erst dann zur Rationierung gegriffen wird, wenn die besser bemittelten Schichten der Bevölkerung ihren Bedarf gedeckt haben. Das Unethische in der Kriegswirtschaft, was immer wieder fast ausnahmslos bei allen Vorgängen zu beachten ist, daß man auf die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung nicht Rücksicht nimmt, tritt hier wieder recht klar in die Erscheinung. Obwohl seit Monaten aus der Bevölkerung heraus der Wunsch geäußert ist, Einrichtungen zu treffen, die jedem eine Ersparnis seines Bedarfs aufzulegen, geschieht nichts. Wir haben wieder mit der Tatsache zu rechnen, daß im Winter sich Hunderte von Leuten

vor den Geschäften aufstellen müssen, um ein paar Preßkohlen zu erlangen. Es ist, als ob die Regierung aus allen Erfahrungen in der Kriegswirtschaft nicht gelernt hat und schloß vorübergehend an allen Erscheinungen, die zur schweren Unzufriedenheit in unserer Bevölkerung Anlaß geben und nur den stehenden Schichten das Auskommen und Aushalten möglich machen.

Wir halten es für erforderlich, daß neben der Rationierung schon jetzt für die Wintermonate die Ersparnisse an Heizmaterial und den Verbrauch zu Neuzugängen geregelt werden. Als solche Maßnahmen denken wir uns, daß überall, wo es möglich ist, die durchgehende Arbeitstätigkeit eingeführt und ein frühzeitiger Schluß der Betriebe angeordnet wird. Nachdem für die offenen Verkaufsstellen ein frühzeitiger Geschäftsschluß angeordnet ist, muß die weitere Herabsetzung der Geschäftstätigkeit angeordnet werden. Vor allem hat der frühzeitige Geschäftsschluß in den Kontoren, Büros und Engrosgeschäften zu erfolgen. In allen diesen Fällen muß darauf hingewirkt werden, die Tageszeit auszunutzen und die Arbeitstätigkeit möglichst zusammenzudrängen, um Ersparnisse zu erzielen.

Vor allem halten wir aber unverzüglich die Inangriffnahme der Rationierung für dringend erforderlich, und die Beseitigung des ständlichen Zustandes, daß einige Personen sich auf Kosten der Allgemeinheit mit Vorräten versehen. Wir stellen deshalb nochmals das dringende Ersuchen, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung die Maßnahmen zu ergreifen, die einen Ausgleich des Kohlenverbrauchs und eine gesicherte Versorgung garantieren. Wir lehnen jede Verantwortung ab für die Zustände, die sich im Winter entwickeln müssen, wenn durch die Nachlässigkeit der Behörden ein Zustand in der Kohlenversorgung eintritt, dem die Gebuld der Bevölkerung nicht mehr standhalten kann.

Ergebenst  
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

### Von unsern Kollegen im Felde.

Von der Filiale Ebersfeld wird mitgeteilt, daß der Kollege U. Dellerz neben seiner Beförderung zum Unteroffizier auch das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhalten hat.

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Breslau. Bei Aufklärungs- und Agitationszwecken wurde eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus am Sonntag, den 8. Juli, abgehalten. Der Bezirksleiter, Kollege J. J. J. J., hatte das Referat über das Thema: „Was haben die Berufskollegen in Breslau an Feuerzettelzulage zu verlangen?“ übernommen. Er erläuterte eingehend den Werdegang der vorjährigen Zulage und die Ungünstigkeit derselben. Aus dieser Tatsache unternahm die Hauptleitung des Verbandes im November vorigen Jahres Schritte, um den Arbeitgeberverband zu einer weiteren freiwilligen Zulage zu bewegen. Da ein befriedigendes Resultat dabei nicht erzielt wurde, wurden Verhandlungen im Reichsamt des Innern eingeleitet, und die Vertreter der Arbeitgeber erkannten im allgemeinen die Notwendigkeit einer weiteren Zulage an. Auf Grund dieser Zulagen hatte am Orte mit den Arbeitgebern eine Sitzung stattgefunden; in dieser wurden für die Provinzorte 10 3 die Stunde bewilligt. Der Antrag der Arbeitnehmervertreter, in Breslau 16 3 zu gewähren, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, weil Breslau eine billige Stadt sei; es wurden 12 3 Zulage beschlossen, zahlbar ab 14. Juli. Die Arbeitnehmervertreter erachteten dies Angebot zu gering, und es erfolgte keine einstimmige Annahme. Weiter führte Kollege J. J. J. aus, daß es klipp und klar vor Augen liegt, daß nur durch das energische Eingreifen des Verbandes die Kollegen

### Mingo.

Im Kriegslogarett traf ich einen jüdeutschen Kollegen. Nach einer befriedigenden Antwort auf die Frage der Organisationszugehörigkeit landeten wir bald bei gemeinsamen Erinnerungen an München und das bayerische Hochland.

Das idyllische Partenkirchen hatte uns beide, wenn auch zu verschiedenen Zeiten, beherbergt.

Natürlich kannte Kollege S. den Kramer, die Zugspitze und den Gifsee, die leuchtenden Zeugen alpiner Schönheit. Und noch jemand anderen kannte er, dessen Namensnennung uns beide zu hellem Lachen reizte, daß die Weitwägen unwillkürlich aufhörten, — den Mingo.

Der Sinn dieses Namens kann zu Kopfzerbrechen Anlaß geben. Hunde, besonders vornehmer Abkunft, führen ihn, arme Heidenkinder in Afrika sind darauf getauft worden.

Eines von beiden ist der Held dieser Geschichte. Mingo war ein Kollege, dessen wirklicher Name im Laufe der Zeit abhanden gekommen schien, ein waschechter, dafür um so wasserscheuer Oberbayer.

Eine kurze Wanderschaft hatte ihn nach Berlin geführt, mit dessen Sitten und Gebräuchen er sich aber durchaus nicht abfinden konnte, und untrüblich wurde er auf den Schuss gebracht.

Von dieser Zeit war ein Stachel in seinem Herzen gegen alles Preussische zurückgeblieben.

Er pendelte schon damals alljährlich zur Saison von Meran nach Partenkirchen hin und zurück.

Ich bin ziemlich sicher, daß ihn so der Krieg überzaute und sehr ihn jetzt als Trainführer irgendwo hinter der Front herumflüchtete. Und wenn er diese Geschichte liest, wird er sich aufs Anie schlagen und rufen: „Jo, Herrgottsfacka, was is denn dös, da schau's her, so a Bazi, a g'scheenter, is, frugitürken, dös Quader lebt a noch und drast so auf —“

Und dann wird er auf die Preußen im allgemeinen und auf mich im besonderen schimpfen, und ich ärgere mich nur, daß ich nicht dabei sein kann. Dös war a Gaußi.

Ich habe immer gern psychologische Studien gemacht und konnte Mingos Sambaletzen wie recht geben, die ihn

einen Deppen nannten. Es ist ja nun einmal Tatsache, daß ein Mensch, der in seinem ganzen Wesen um fünfzig Prozent anders geartet ist als die lieben Nächsten, schnell in den Ruf der Unsonderlichkeit gerät.

Ist er reich oder einflußreich, nennt man ihn ein Original; ein armer Teufel heißt kurzerhand „Depp“, wie ja auch der arme Dieb „Spießbube“ zum Unterschied von dem vornehmen „Adeptomanisten“ genannt wird.

Wir selbst ist Mingo immer als das Vorbild eines vollendeten Kommunisten erschienen; er gab, wenn er hatte, brüderlich.

Die Rolle dieses Philanthropen spielte er jede Woche am Samstagabend nach der Lohnzahlung, wo er seinen Wagen reichlich für die Vernachlässigung der ganzen Woche zu entschädigen pflegte und trinkfeste Rumpans gern zu seinen Gästen zählte.

Diese Beilen sind mir vom Reid diktiert. Denn ich galt mit meiner Höchstleistung von drei Quartel nie als trinkfest.

Kollege S. konnte mir da heute eine kleine köstliche Episode aufzählen.

Nach der gewohnten Hungerkur der letzten Wochentage verdrückte Mingo einen Samstag diverse Kalbskazen, Schweinernes mit Kraut, Gelschtes usw.

Wie gewöhnlich, schlief er nach einem solchen lustvollen Mahl bei einem benachbarten Kollegen, auf dessen Tisch sich eine kleine Wäschschüssel frischer Kirschen vorfand, die Mingo als Nachtisch in der Nacht mit samt den Kernen in seinem Magen verschwinden ließ. In den nächsten Tagen verteilte er Körperteil glattweg die Durchfuhr, so daß sich die Hilfe des Arztes notwendig machte.

Dieser, ein Heilkünstler aus der guten, alten Zeit, pflegte seine Diagnose dem Verufe anzupassen, und anstatt der Erleichterung mit Niginus wanderte Mingo mit den jekhaften Kirschen wegen „Meikolik“ ins Krankenhaus zu Wurman. Der Rest ist Schweigen.

Also ich profitierte nichts von Mingos kommunistischem Wesen, desto hartnäckiger aber bestand er auf seine Rechte als Jökler, und da eine fürsorgliche Mutter mir viele Produkte agarischer Kultur sandte, waren meine kommunistischen Pflichten Mingo gegenüber recht weit-

gehend. Er erleichterte mir die Aufgabe dadurch, daß er vor mir von meinem Frühstück frühstückte.

Von den gebildeten Menschen, zu denen wir Preußen uns natürlich rechneten, wird immer verlangt, sich den Sitten und Gebräuchen eines fremden Landes anzupassen.

Gründlich dazu bestrbt, hatten wir intitierte Leberhosen, Stutzen, Pseudohosenträger, ein buntes Tuch, Pantas und grauen Quat erstanden, und hatten so äußerlich entfernte Ähnlichkeit mit den G'scheerten (Einheimischen), besonders, wie der Müllie Kari betonte, wenn wir die G'scheerten hielten.

Das ist nun für einen richtigen Preußen, auch wenn er nicht von Berlin ist, unmöglich.

Als ich dann noch vollends, nur um mich den dortigen Gebräuchen anzupassen, lammerfensterin ging und sogar noch, was streng verpönt war, im benachbarten Garnisch wurde ich das Ziel eines regelrechten Haberfeldtreibens.

Als treibende Kraft dabei war unschwer Mingo zu erkennen, der mit Recht über meinen Kommunismus unzufrieden war und jede Nachricht im feindlichen Lager mit eilichen Maß Bier bezahlt erhielt. Seine rege Phantasie machte sich dabei reichlich bezahlt.

Vor der Katastrophe rettete mich nur die eilige Flucht, nachdem mir ein Duzend Bierfilze unfaßt an den Kopf geflogen waren.

Natürlich samm ich auf Rache. Das tun eben alle Durchschnittsmenschen in solchen Situationen.

Die Gelegenheit ließ nicht lange auf sich warten. Wir arbeiteten damals, etwa ein halbes Duzend Kollegen, in einer Molkerei, und pflegten die Mittagsstunde auch hier zu verbringen.

Da hatte nun eines Tages Mingo wie ein Häufchen Unglück in der Ecke, hielt sich den Kopf und schnitt fürchterliche Grimassen.

„Krugitürken, so a Viecherei, sakra, sakra, sakra, dös ist zum Hiverden, jesses na, wiß's denn miß gegen a Baziweh?“

Während die andern wenig mitleidig grinsten, stieg ein fürchterlicher Racheplan in mir auf.

Mit teuflischer Berechnung ließ ich den Aermsten noch etliche Minuten jammern; dann warf ich es ganz gleichgültig hin: „A Mittel müßt i scho!“

zu einer Zulage gelangt sind. Die gutbesuchte Versammlung war mit dem Besagten einverstanden, und es erfolgten eine ganze Anzahl Ausnahmen. Bei der Diskussion wurden einige Fälle bekannt, wo die Feuerungszulage (im April 5 1/2 gewährt) noch nicht gezahlt wird. Die Billigkeit wird die Sache weiter verfolgen. Am Schluss der Versammlung wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen; Die Versammlung beschliesst, für die strikte Durchführung der Zulage Sorge zu tragen und erwarten, daß keine außerordentlichen Maßnahmen notwendig werden. Gustav Krl.

### Eingefandt.

Im Felde, den 6. Juli 1917.

Meine Kollegen!

In Nummer 24 des „Vereins-Anzeiger“ schreibt Kollege Bergerhoff eine beachtenswerte Notiz über die Aussichten unseres Berufes und die Entlassung aus dem Heeresdienst nach erfolgtem Friedensschluss. Besonders fällt ins Auge, daß die Kollegen, die nicht von Arbeitgebern angefordert werden, noch vier Monate den Wasserrod tragen sollen, angeblich, um die Not und Arbeitslosigkeit abzumildern. Für uns Verheiratete ist es doch die Hauptsache, daß man mit seinen Angehörigen wieder zusammenleben kann, und auch die Nichtverheirateten werden sich nicht danach sehnen, länger den harten Rod zu tragen, als es die Pflicht für notwendig erachtet. Was die Aussicht auf Beschäftigung in unserm Berufe betrifft, bin ich der Überzeugung, daß wir jedenfalls nicht weniger Arbeit haben werden, als wir im Jahre 1914 hatten. Staat, Gemeinde und Private haben gerade für uns sehr viel zu tun und braucht der Staat nur rechtzeitig genügend und vor allen Dingen wucher-freies Material zu beschaffen, dann wird auch die Arbeitslosigkeit nicht überhandnehmen. Viele Kollegen werden auch in andern Berufen, wie so oft in den langen Wintermonaten, Arbeitsgelegenheit finden, und bin ich der festen Überzeugung, daß wir nicht unnötig dem Staate noch vier Monate Geld kosten. Gebt den Kriegsteilnehmern für einen Monat die Wohnung und Verpflegungsgebühren, den Angehörigen noch die Unterstützung, dann werden sie Zeit genug haben, um für den Unterhalt ihrer Familie die notwendige Arbeit zu finden. Im übrigen werden ja sowieso die Entlassungen nicht schnell vor sich gehen; denn es ist doch eine ungeheure Arbeit zu bewältigen, ehe alles Kriegsmaterial dahin ist, und ehe das nicht der Fall ist, wird wohl die Entlassung nur etappenweise vor sich gehen. Also kurz gesagt: Staat und Gemeinden haben Arbeiten auszusprechen, ersterer noch für Material zu sorgen, und dann wird wohl auch für uns keine Not am Arbeit sein.

Erich Reife, Mitglied der Zentrale Berlin.

Anmerkung der Redaktion: Zur Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft haben die Vertreter der Arbeiterorganisationen bereits ihre Vorschläge formuliert und werden auch weiter ihren Einfluß dahin geltend machen, daß bei der Demobilisierung neben den militärischen Gesichtspunkten auch die wirtschaftlichen Verhältnisse genügend Berücksichtigung finden und kein Kriegsteilnehmer länger im Dienste zurückgehalten wird, als dies unbedingt erforderlich ist.

### Aus Unternehmerkreisen.

Ein neuer Verband in der Waggonbau-Industrie. Die Zusammenschlußbestrebungen, die in der Waggonbauindustrie in der letzten Zeit zu beobachten sind, arbeiten mit Erfolg weiter. Diejenigen Waggonbauabriken, die nicht der Norddeutschen Waggonbauvereinigung angehören, sind nunmehr auch zu einer Vereinigung zusammengetreten und haben den Waggonbauverband gebildet, der seinen Sitz in Ver-

Und vertiefte mich wieder in die Zeitung. Der Delinquent blinzelte mich mit einem Auge an und erwartete eine weitere Erklärung. Ich las gleichgültig weiter. Mein Opfer wurde unruhig. „Was macht man denn da, Satra, reb' schon, i werb' hin!“ Ich holte nur recht tief Atem. „Ja, Stimmelsatra, Dadl g'schiet, was soll denn i macha?“ Die Stunde der Rache war gekommen, schonungslos schritt ich zur Tat. Von zweifelnden Ausrufen Wingo unterbrochen, empfahl ich ein Heilmittel, wie es radikaler selten gewählt wird. Kurz und gut, Wingo setzte sich recht fest in seine Ecke und machte mit erbarmungswürdiger Miene den Mund auf. Ich aber führte mit dem Messer einen nubgroßen Klumpen Schmierseife nach der wehleibigen Seite. Dann hatte der Patient den Mund auf 10 Minuten fest zu schließen. Und ich Tyrann stand mit der Uhr in der Hand daneben. Durch die Nase aber fliegen Wingo abwechselnd die laftigsten Flüche und schillernde Seifenblasen, durch die Tür verständig prustend ein Kollege nach dem andern. „8 Minuten, na also — — — 7 Minuten, jetzt werd'n werts gleich haben — — — 8 Minuten — — — ja, mein Diaba, dös heißt — — — 9 Minuten (einige Gesichtsausdrücke in gespanntester Erwartung durch die Türpalte) — — — also jetzt berstst ausspeiß'n.“ Die Folge übertraf meine kühnsten Erwartungen, die mit einer ziemlich Dosis Angst untermischt war. Wingo behauptet gewiß noch heute, damals nach der Kur von den Zahnschmerzen nichts mehr gemerkt zu haben, nur gezwinkt hätte es ihm im Munde noch tagelang. Ich hatte wider Willen ein edles Werk vollbracht und meine Rache gestillt. Und dann habe ich dem Wingo noch eine Maß gezahlt, das gilt in Bayern als volle Ab-solution. Aber lachen m'ich noch immer, wenn ich an die Geschichte denke, und das Lachen ist im Kriege so selten geworden. Olli Oimanns, zurzeit im Kriegslazarett.

lin hat. Beide Vereinigungen, sowohl die Norddeutsche Waggonbauvereinigung wie auch der Waggonbauverband sind zusammengeschlossen in dem großen Verband deutscher Waggonfabriken und bilden Gruppe I beziehungsweise Gruppe II des letzteren.

Unter Erträge in der Linoleumindustrie. Sogar die Linoleumfabriken machen gute Geschäfte. Das ist verwunderlich, weil die wichtigsten Rohstoffe dieser Industrie (Leinöl, Kork usw.) gar nicht mehr oder doch nur zu ganz abnorm hohen Preisen zu haben sind. Ueberdies ruht die Bauindustrie fast völlig, so daß der Absatz an Linoleum schon deshalb zurückgehen muß. Trotz alledem schließen die Werke noch günstig ab. Die Rheinischen Linoleumwerke Weiburg A.-G. berichten, daß sie im dritten Kriegsjahr, dem 90. Geschäftsjahr, den Betrieb in allen Abteilungen aufrechterhalten konnten. Die Linoleum- und Linoleum-Produktion nahm trotz großer Schwierigkeiten ihren Fortgang. Der Reingewinn beträgt M 507 811,26. Folgende Verteilung ist dafür vorgesehen: 8 pZt. Dividende M 820 000, außerordentliche Rücklage M 100 000, Aufsichtsratsanteile M 18 887,71, Vortrag auf neue Rechnung M 78 949,55.

Die Deutschen Linoleumwerke „Gansa“ in Delmenhorst haben im Geschäftsjahr 1916 einen Reingewinn von M 1 789 818,75 erzielt. Der Geschäftsbericht gibt folgende Vorschläge für die Verwendung des Gewinnes: Rücklage



### An unsere zum Militär ein-gezogenen Verbandsmitglieder?

Stetsach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an und zahlen für die Zeit ihrer Erwerbstätigkeit auch keine Beiträge. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte. Wir ersuchen darum dringend alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Zentrale zu melden oder sich um Auskunft an den Verbandsvorstand zu wenden.



für Kriegsunterstützungen M 90 000, Rücklage für Wieder-instandsetzung des ganzen Werkes M 125 000, 16 pZt. Dividende M 544 000, Lantime für den Aufsichtsrat M 77 918,87, Vortrag auf neue Rechnung, Rücklage für Kriegsteuer und anderes M 852 402,08.

Das verdamnte Hilfsdienstgesetz. Die Einführung des Hilfsdienstgesetzes ist bekanntlich von der Arbeiterschaft mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Man beklagte ein Ansehensgesetz, und weite Kreise der Arbeiterschaft waren mit der Zustimmung der Arbeitgeber im Reichstag durchaus nicht einverstanden. Die Entwicklung der Dinge während des Bestehens des Gesetzes hat aber gezeigt, daß die schweren Einwendungen gegen die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter zu dem Gesetz nicht stichhaltig waren. Nicht im entferntesten sind alle die Nachteile, die vorausgesagt für die Arbeiterschaft eintreten würden, eingetroffen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir die Auserkämpfung des Gesetzes nicht mit Freuden begrüßen würden.

Auch die Unternehmer sind nicht sehr erbaut von den Beschränkungen, die ihnen durch die Anwendung des Gesetzes erwachsen. Keulich war in Köln ein Kreis von Industrieführern zu verschwiegenem Rate beisammen. Geheimrat Duisberg, ein Hauptvertreter der Schwerindustrie, bemerkte die Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf 20 pZt. gegenüber normalen Zeiten. In totaler Verkennung der Dinge suchte er ausdrücklich nicht in den Ernährungs-schwierigkeiten, sondern im Hilfsdienstgesetz die Ursachen dafür: „Das verdamnte Hilfsdienstgesetz muß aufgehoben werden, und zwar sofort, damit die Agitation aufhört und wieder Ordnung in die Fabriken kommt. Dann wird auch die Produktion wieder steigen.“ Dieses Bekenntnis eines Großen unter den Schar-machern beständigen tollends, was von den Anschuldigungen zu halten ist, die offen oder demagogisch verstreut gegen die Zentrale und die Zeitungen der Gewerkschaften gerichtet worden sind.

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

Ausbau der Bekämpfung der Tuberkulose. Der Reichslangler hat kürzlich ein Rundschreiben erlassen, das zur Ausgestaltung des Fürsorgestellenwesens zur Bekämpfung der Tuberkulose auffordert. Die lange Dauer des Krieges, so heißt es in diesem Erlaß, und die damit verbundenen Anstrengungen und Aufregungen, unzureichende Nahrung, schlechtere Wohnungsverhältnisse und verminderte gesundheitliche Fürsorge bringen die Gefahr einer neuen Ausbreitung der in angestrengter Arbeit so vieler Jahre mühsam zurückgedrängten Tuberkulose mit sich. Dieser Gefahr kann nur durch einen beschleunigten Ausbau der Fürsorgestellen für Lungentranke, von denen bisher rund 2000 im Deutschen Reich vorhanden sind, begegnet werden. Dabei wird einmal die Einrichtung möglichst vieler neuer Fürsorgestellen, dann aber eine bessere

finanzielle Sicherstellung der bereits vorhandenen angestrebt sein. Als Träger des Fürsorgewesens sollen in erster Linie die Gemeinden und Gemeindefürsorgeverbände dienen. Den Fürsorgestellen müssen sichere Einnahmen in genügender Höhe zur Verfügung stehen, um die Betriebskosten und Regelleistungen zu decken. Zu letzteren gehört die ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Familie und fortlaufende ärztliche Beobachtung, Untersuchung des Auswurfs, Wohnungsfürsorge (Desinfektion usw.), Verabreichung von Kräftigungsmitteln in besonderen Fällen usw. Die Maßnahmen sollen niemals den Charakter der öffentlichen Armenunterstützung tragen. Öffentlich fallen die Erregungen auf fruchtbaren Boden.

### Sozialpolitisches.

Zur Frage der Mietsteigerungen. Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungsflüchtigung eine planmäßige Er-

### Gewerkschaftliches.

Georg Diehl tot. In Frankfurt a. M. starb am 17. Juli der Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes Georg Diehl. Er war 80 Jahre in seiner Berufsorganisation tätig, darunter 20 Jahre als ihr erster Vorsitzender. Außerdem war er Stadtverordneter in Frankfurt a. M., zweiter Vorsitzender der Ortskrankenkasse und Mitglied des Bezirksvorstandes für Hessen-Nassau. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verliert an Diehl einen hervorragenden tüchtigen, ruhigen und besonnenen Vorkämpfer. Seine trefflichen Eigenschaften als Mensch und Kämpfer sichern ihm ein ehrenvolles Andenken in der Arbeiterbewegung.

Tarifverlängerung in der Lederwarenindustrie. Der Ablauf der im Jahre 1911 abgeschlossenen und im Vorjahre bis zum 30. Juni 1917 verlängerten Tarifverträge für die Berliner und Stuttgarter Lederwarenindustrie gab den im Verbands der Sattler und Portefeulier organisierten Arbeitern Veranlassung, den Tarif zu kündigen, um so eine zeitgemäße Besserung bewerkstelligen zu können. In den örtlichen Verhandlungen lehnten die Unternehmer jede Tarifänderung grundsätzlich ab. In Berlin sollte eine kleine Erhöhung der Feuerungszulage tarifverbindlich bewilligt werden, in Stuttgart wollten die Unternehmer überhaupt keine Zugeständnisse machen. Nachdem so die örtlichen Verhandlungen ergebnislos verlaufen, wurde von den Arbeitern scharf gegen das Zentraltarifamt angetreten. Die Berliner Fabrikantenvereinigung lehnte eine Beteiligung ab, da sie aus dem Allgemeinen Verbande deutscher Lederwarenindustrieller ausgetreten sei. Das Berliner Einigungsamt sollte deshalb die Funktion des Zentraltarifamtes übernehmen. Unter dem Vorsitz des Magistratsrates v. Schulz machte das Einigungsamt dann den Parteien den Vorschlag, zu dem im Tarif vorgesehenen Mindestlöhnen einen Zuschlag von 50 pZt. festzulegen. Außerdem sollten allen Zeitlohnarbeitern die beiden bereits organisatorisch vereinbarten Feuerungszulagen zum Lohn geschlagen und ab 1. Juli eine nach der Lohnhöhe gestaffelte Feuerungszulage bewilligt werden. Akkord- und Heimarbeit sollte mit 50 pZt. Zulage bedacht werden. Während die Arbeiter diesem Vorschlag zustimmten, lehnten ihn die Unternehmer ab und erklärten sich bereit, 12 1/2 pZt. Feuerungszulage zu bewilligen. Dieses Angebot führte zu keiner Einigung, und so beschloßen die Arbeiter, am 7. Juli in den Betrieben die Arbeit niederzulegen, in denen der Vorschlag des Einigungsamtes nicht unterschrieben anerkannt wird. Die Unternehmer beschloßen am 4. Juli, dieses Vorgehen mit einer allgemeinen Aussperrung zu beantworten. Schließlich gelang es doch noch in letzter Stunde, die Parteien zu gemeinsamen Verhandlungen zusammenzuführen. Unter dem Eindruck des geschlossenen Vorgehens machten die Unternehmer Zugeständnisse, indem sie schließlich den Vorschlag des Einigungsamtes akzeptierten mit der Einschränkung, daß Heim- und Akkordarbeiter 40 pZt. Feuerungszulage erhalten. Demzufolge wird Zeitlohnarbeitern und -arbeiterinnen, die nur den Mindestlohn erhalten, eine Zulage von 60 pZt. gewährt und außerdem die Feuerungszulage nach besonderen Staffeln. Den Heimarbeitern müssen die Zulagen in natura geliefert werden.

Diese Abmachung ist deshalb noch von Bedeutung, weil die Zwischenmeister verpflichtet werden, die Lohnsätze und Zulagen ihren Hilfskräften zu zahlen. Diesem Zweck dient folgende Bestimmung: Die Arbeiterorganisation verpflichtet sich, den Arbeitern ihrer Hausgewerbetreibenden die Feuerungszulage dadurch zu sichern, daß sie die Hausgewerbetreibenden folgenden Revers unterschreiben läßt:

Revers. Der Unterzeichnete verpflichtet sich, die Feuerungszulagen nach der Vereinbarung vom . . . seinen Arbeitern zu zahlen, und unterwirft sich für seine Person und seinen Betrieb hinsichtlich der Zahlung dieser Feuerungszulagen der Entscheidung der Berliner tariflichen Schlichtungsinstanzen.

Berlin, den . . . (Unterschrift.) höhung der Mieten durchzusetzen. Aus zahlreichen Gegenden Deutschlands, so aus vielen Gemeinden Groß-Berlins, aus Dortmund, Wattenstein, Hamburg, Altona, Graubenz, Erfurt, Marburg, Barmen, Suhl, Koblau, Pforzheim und andern Orten, wird über planmäßig beschlossene oder doch bevorstehende allgemeine Mietsteigerungen und über die besondere Notlage der Mieter berichtet. Gegen dieses Vorgehen der Hausbesitzer sind von verschiedenen Seiten Eingaben an die maßgebenden Behörden gerichtet worden mit dem Ersuchen um baldige öffentliche Regelung. Auch im Reichstag und in einzelnen Stadtverordnetenversammlungen wurde die Frage der Mietsteigerungen zur Sprache gebracht. Trotzdem die ganze Angelegenheit also schon eine ziemlich breite Ausdehnung gewonnen hat, ist sie aber anscheinend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden. Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfang der Mietsteigerungen; weitere und umfassendere Steigerungen sind zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas ungemein Ernstes, so-

Wird für die Zeit im Kriege wie auch für die Zeit nachher, zumal die Kriegsverletzungen in vielen Fällen zugleich auf eine unerbittliche Verelendung der Besatzter hinauslaufen würden. Hier den richtigen Ausweg zu finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl kaum durch Genügsamkeit und Verbot allein wird erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer positiver Maßregeln der Wohnungspolitik bedürfen wird.

**Kohlennot und Massenpeisung.** Die Entwicklung der Massenpeisung tritt mit dem nächsten Winter in einen neuen und vielleicht ernstlichen Abschnitt ein als in den vorhergehenden drei Jahren. Wenn wir bisher die ganze Frage nur unter dem Gesichtspunkt der Lebensmittelnot betrachtet haben, so zwingt uns der Verlauf der Kohlenkrise dazu, der öffentlichen Speisung jetzt auch vom Standpunkt der Kohlenersparnis näherzutreten, um die dann zu gewöhnliche Lage soweit wie möglich zu beherrschen.

Für den nächsten Winter haben wir, wenn nicht die Besatzter zulassen, jedenfalls rein aus Kohlennot mit einem starken Andrang an unsere öffentlichen Speiseeinrichtungen zu rechnen. Viele unserer Mitbürger, die bisher den Kriegsküchen fernbleiben konnten, weil sie noch am eigenen Herd schmausender zu kochen in der Lage waren, werden in den kommenden Monaten oft dazu nicht mehr die Möglichkeit haben, weil die Kohlenknappheit auch sie zur allergrößten Sparsamkeit in ihrer Verwendung zwingt, wenn sie nicht etwa hier und da das Kochen überhaupt unmöglich macht. Es werden viele, der Kohlennot, nicht dem eigenen Tische, gehorrend, zu Wästen der Kriegsküche werden müssen, die heute noch stolz an ihr vorübergehen. Zwar verpflichtet man uns, daß jeder im nächsten Winter seine Kohlen haben soll; doch lassen uns die Erfahrungen mit anderen Waren hinter diese Versicherungen ein großes Fragezeichen stehen. Selbst aber, wenn die öffentliche Versorgung mit dem Heizmaterial als Ausnahme einmal klappt, werden die Mengen immerhin so gering sein, daß wir trotzdem mit einem sehr großen Zutrom zu den Massenpeisungen zu rechnen haben.

Im Hinblick auf die gewaltige Kohlenersparnis wäre dies geradezu zu wünschen; denn was bei den Lebensmitteln nicht immer behauptet werden darf, in bezug auf die Heizung kann man bei der Massenlocherie enorm sparen. 600 Pfennig und Herde verbrauchen im Gegensatz zu einer großen Küche ganz unwirtschaftlich große Mengen. Kostet uns in Frankfurt doch ein Liter Essen nur etwa 4 Pfennig Heizmaterial, das ist eine so geringfügige Summe, daß der Einzelhaushalt, selbst wenn er ein Muster von Sparsamkeit ist, überhaupt keinen Vergleich damit aushält; er braucht jedenfalls das Vielfache an Holz und Kohlen.

Sollte deshalb die Kohlennot so ernst werden, wie einige Schwarzseher in Aussicht stellen, dann würde zweifellos die Forderung wieder lebendig werden, das ganze Volk mit dem Eintopferrecht zu versorgen.

Jedenfalls sollten alle Körperschaften, die mit der Verwaltung von Kriegs-, Fabrik- oder Volksküchen zu tun haben, alle Gemeinde- und Staatsbehörden die Vorgänge auf dem Heizstoffmarkt mit schärfster Aufmerksamkeit verfolgen, um nötigenfalls auch bei den durch Kohlenmangel entstehenden Schwierigkeiten die Volksernährung unter allen Umständen sicherstellen zu können.

**Förderungen gemeinnütziger Bestrebungen durch die Invalidenversicherungsanstalten.** Die Landesversicherungsanstalten häufen bekanntlich durch ihre eigenartigen versicherungstechnischen Einrichtungen große Vermögen an. Ende des Jahres 1916 beliefen sich diese insgesamt auf rund 2½ Milliarden Mark. Es ist an die Versicherungsanstalten Anweisung ergangen, daß sie bestimmte Teile ihrer Vermögensbestände zu gemeinnützigen Zwecken ausgeben sollen. Das ist bis zum Ende des Jahres 1916 auch mit einer Summe von 1343 Millionen Mark geschehen. Der größte Teil hiervon, nämlich die Summe von 666 Millionen Mark, entfällt auf den Bau von Arbeiterwohnungen. Die Gelder sind vorzugsweise an Baugesellschaften, Gemeinden usw. gegeben worden. Von den einzelnen Versicherungsanstalten ragt besonders die für die Provinz Hannover mit 88 Millionen Mark hervor. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses ist bis Ende des Jahres 1916 die Summe von 135 Millionen Mark hergegeben worden. Es handelt sich hier um Bodenverbesserungen, Wegebauten usw. Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege sind 641 Millionen Mark ausgegeben worden. Hier kommt in Betracht der Bau von Krankenhäusern, Volkshäusern, Straßenbahnen, Armenhäusern usw. Zum Teil haben diese Darlehen auch der Kriegswohlhaberspflege gedient. Im Jahre 1916 sind von den Versicherungsanstalten zur Förderung der Kriegsnot rund 5 Millionen Mark zu Zinslosen von 3 bis 5½ pzt. ausgeliehen worden. In eigenen Veranlassungen legten die Versicherungsanstalten 92 Millionen Mark an. Hier handelt es sich um Lungenheilstätten, Genußheime, Invalidenheime usw. Trotz der hohen Belastung, die der Krieg der Invalidenversicherung bringt, steigt deren Vermögen noch weiter.

### Vom Ausland.

„Das Recht der Völker.“ Unter diesem Titel schreibt „La Botzelle“, das Organ der französischen Gewerkschaftskommission:

Es ist vergebens, zu verheimlichen, daß die einzige Frage, die gegenwärtig die Völker leidenschaftlich bewegt, sich auf das Ende des Krieges bezieht. Die Kämpfenden, die dem Tode ausgesetzt sind, die Zivilbevölkerung, die drückender Herrschaft, Angst und Enttäuschungen unterworfen sind, alle stellen sich die Frage, wie der Krieg enden soll oder wie er wenigstens aufhören könnte, damit dieses Lasterpiel zum Abschluß komme, in dem so viele arbeitsfähige Kräfte eine so schmerzliche Rolle zu spielen haben, die doch sich niemals zu erschöpfen. Dieser brennende Friedensdrang steht im Zusammenhang mit den vielen Reden über die Kriegsziele. Denn nichts flößt den Menschen

so sehr Mut ein, als wenn man ihnen sagt, warum sie entbehren. Und was sagt man den Völkern? Man sagt ihnen, daß sie für die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker kämpfen. Wir stellen keineswegs den guten Glauben der also redenden Wortführer in Zweifel. Aber wir sind der Meinung, daß sie einen Gesichtswinkel zu weit gehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker besteht noch nicht. Bevor man es also wiederherstellen will, sollte man vielleicht darauf bedacht sein, es zu schaffen. Das ist sein Wortlaut. Die Geschichte im äußersten Altertum bis zum Jahre 1914 lehrt uns, daß die Differenzen zwischen Regierungen und zwischen Völkern durch die Macht entschieden worden sind. Während sich im inneren Leben der Völker allmählich ein Recht des Individuums bildete, haben die Völker unter sich fortgeföhren, das Recht des Stärkeren anzuerkennen, die Gewalt zu üben und vom Los der Waffen Vorrechte, Rechte, Vergeltung zu erwarten. Als Ludwig XIV. Straßburg nahm, fragte er die Straßburger nicht um ihre Meinung. Als Rußland, Preußen und Oesterreich Polen aufteilten, kümmerten sie sich wenig darum, ob die Polen das nach ihrem Geschmack fanden. Noch näher liegt uns das Beispiel der Ägypter, die von England, der Tripolitaner, die von Italien unterworfen worden sind, sowie der Mexikaner, die sich in Franzosen umwandeln, weil die Spanier weiter reicht als der Schicksalsspiel. Ganze Gebiete sind auf diese Weise von einer Hand in die andere übergegangen, und jedesmal hat das besiegte Volk kein anderes Ziel im Auge behalten, als seine Macht wieder herzustellen, um sich erfolgreich zu schlagen, sobald die Gelegenheit zu neuen Begegnungen auftauchen würde. Man soll uns also nicht von der Wiederherstellung des Rechtes der Völker sprechen. Man soll sich aber auch nicht einbilden, daß ein dauernder Friede aus einer Verzichtung der alten Weltmacht hervorgehen kann, wenn diese Verzichtung von einem Sieger einem Besiegten aufgedrungen worden ist. Der lange Krieg hat die Menschen dazu gebracht, nachzudenken. Er bietet ihnen durch seine geistliche und räumliche Ausdehnung eine besondere Gelegenheit, die Nationen mit einem Recht zu begaben, wie es für die Individuen besteht. Wir behaupten sogar, daß das einzige Mittel, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, darin besteht, daß die kämpfenden Parteien mit Nachdruck die Gewalt als richtiges Mittel verworfen und ein Gericht der Völker einsetzen, dem alle den Krieg verlängern Fragen, einschließlich der eitelstehenden, unterworfen werden. Früher oder später wird man doch dazu kommen müssen, und es wäre endlich besser, daß es bald geschieht. Wir bitten Arbeit und Wissen um Erschuldigung. Aber wenn sie von der gemeinsamen Wiederherstellung verlorenen Provinzen sprechen, treten sie für den Zweikampf als richtiges Mittel ein. Sie verurteilen die Gewalt nur, um sie im nächsten Augenblick zu verheerlichen, und wenn auch das Recht auf ihrer Seite wäre, so hindert das nicht, daß sie eine Sprache reden, die nicht die Sprache der Zukunft ist, und die selbst nicht die Sprache von heute sein darf. Sie wollen den Völkern der Völker; aber sie verfluchen, daß die Völker der Völkern in diesen Völkern erst würdig sein sollen, wenn man die schwierigsten Fragen ohne sie, vielleicht gegen sie geregelt haben wird. Wir wissen wohl, daß dieser jetzt schon als möglich angelegene Völkerverein alle diejenigen abtötet, die den Hof für heilig, die Rache für göttlich, die Vergeltung für das vollkommene Recht erklären. Aber der Hof, die Rache und Vergeltung bringen nur Verführung und Tod hervor, und gerade davon hat die Welt genug ertragen. Sie will, daß man ihr endlich das Mittel zum Leben gibt.

Man sieht, die Stimme der Vernunft ringt sich durch auch in Frankreich.

**Ausschluß des Streitrechts durch Vertrag.** Zwischen dem schwedischen Eisenbahnerverband und dem Arbeitgeberverband der schwedischen Eisenbahnen (Privatbahnen) ist ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen, der bestimmt, daß Streit und Ausperrung in verdeckter oder offener Form gänzlich ausgeschlossen sein sollen; sämtliche Streitigkeiten sind, soweit nicht das staatliche Gesetz etwas anderes bestimmt, durch Vermittlung und Schiedsgericht zu entscheiden. Das gilt sowohl für Meinungsverschiedenheiten über Rechtsfragen als auch über Interessenskonflikte.

### Verschiedenes.

**Gartenland in Deutschland.** Ueber den Umfang des heimischen Gartenbaues gibt eine neuere Statistik bemerkenswerte Aufschlüsse. Nach der Erhebung über die Bodenbenutzung vom Jahre 1913 stellte sich die Gesamtfläche der Hausgärten, Obst- und Gemüsegärten einschließlich der Baumschulen und der privaten Parkanlagen im Deutschen Reich auf 596 552 Hektar oder fast genau 1 pzt. der Gesamtfläche. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen durchschnittlich je 80 Quadratmeter Gartenland. Die Entwicklung des Gartenbaues zeigt in den einzelnen Gegenden beträchtliche Unterschiede. Unter ungünstigen klimatischen Bedingungen tritt er zurück, in der Nähe der Großstädte und in den Industriebezirken erreicht er eine besonders starke Entwicklung. Am prächtigsten finden wir das Gartenland in der Provinz Ostpreußen vertreten. Hier macht es nur 0,49 pzt. der Gesamtfläche aus; ja, im Regierungsbezirk Allenstein, im Gebiet der masurenischen Seen, sogar nur 0,32 pzt. Dagegen beläuft sich im Königreich Sachsen der Anteil des Gartenlandes auf 2,75 pzt. der Gesamtfläche, in der Kreishauptmannschaft Leipzig sogar auf 3,10 pzt. Die beiden gartenreichsten Bezirke des Deutschen Reiches endlich sind das Gebiet der Stadt Hamburg und der Stadtkreis Berlin mit 4,08 pzt. und 4,72 pzt. Gartenland.

Besonders anders gestaltet sich das Bild, wenn wir vergleichen, welche Flächen Gartenland in den verschiedenen Gegenden auf jeden Einwohner kommen. In diesem Falle erweist sich als das gartenreichste Gebiet das Großherzogtum Oldenburg: hier stehen jedem Bewohner 218 qm Gartenland zur Verfügung. Es folgen die beiden Mecklenburg mit etwa 200 qm, das rechtsrheinische Bayern mit 184 qm und Schleswig-Holstein mit 137 qm Gartenland auf den

Kopf der Bevölkerung. Viel geringer sind die Gartenflächen, die der Bevölkerung der dichtbesiedelten Industriegebiete zur Verfügung stehen. Im Königreich Sachsen sind es nur noch 66 qm; Sachsen bleibt mit dieser Zahl sogar hinter Ostpreußen zurück, wo immer noch 80 qm Gartenland auf den Bewohner entfallen. Im Rheinland vertritt sich der Anteil auf 51 qm, in Hessen-Kassel und im Großherzogtum Hessen sind es nur 49 qm.

Am ungünstigsten sind aber die Hansestädte und die Reichshauptstadt gestellt. Obwohl von ihrem Gebiet ein sehr hoher Prozentsatz der Gartenkultur dient, sind die Gartenflächen, die hier auf den Einwohner kommen, zum Teil erschreckend gering; im Staate Bremen 30 qm, in Hamburg 17 qm, im Stadtkreis Berlin endlich — knapp 1½ qm! Unter 50 bis 100 Großstadtfamilien befindet sich erst eine einzige im Besitz eines Gartens. Die Zahlen der Statistik reden eine ernste Sprache von der Not des Menschengeschlechts in den Großstädten der Großstädte. Durch die Entwicklung der letzten vier Jahre, wozu natürlich aber beizutragen durch den Weltkrieg, dürften die angegebenen Zahlen wohl eine bedeutende Veränderung erfahren haben.

### Fachtechnisches.

**Verbandsarbeiten für Schülerzeitung aus heimischen Rohstoffen.** Beim Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Oele und Fette sind Verwertungen in großer Anzahl eingeleitet. Vorgelegten wurden Ergebnisse der mannigfachen Art und Zusammenfassung. Das Vordringen kollektiv ist nicht in der Lage, seine Arbeiten bis zu dem bekanntgegebenen Termin (15. Juli) zu beenden. Da es ferner zunehmend erscheint, verschiedene Bänder einer gründlichen Untersuchung auf ihre Verwertbarkeit hin zu unterziehen, wurde der in Aussicht genommene Verbandskongress fallen gelassen. Die Verkleinerung über das Ergebnis des Preiswettbewerbens wird am 15. Oktober erfolgen.

### Literarisches.

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nr. 14 des neunten Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: Bahnlumme in Deutschland. — Die Arbeiter der Dörsch. — Eine Jugendberlinerin von Otto Wrennede. — Die Willkür der ersten Anfänge des Jugendbewegens. Von R. Wiffel. — Den Cebebatanten entlang. Vorgeföhren im Ostergelände von Bruder Straubinger. — Verlorene Jugendfreude. — Gespräch in der Sommernacht. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Tage. Gedicht von Curt Dising.

„Der Kosmos“, Handwörter für Naturfreunde, herausgegeben vom „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde (Stuttgart, Franckische Verlagshandlung), bringt auch in den neuesten Heften 6 und 7 eine Reihe außerordentlich interessanter Artikel. Wir erwähnen nur folgende: Unsere kleinste Feinde (Bakterien) im Dienste menschlichen Fortschritts; Das Wain, ein zur Nelge gehendes kostbares Metall; Freitagen und Koninkensjagd; Die Erhaltung der Energie; Versunkene Wälder in der Nordsee; Die Fiebermilde und ihre Bekämpfung; Die Ermüdungsmessung; Korallen im Aquarium; Was ist Oxygen und Bessen? Dazu kommt eine Menge kleiner Mitteilungen und die stets so gehaltvolle Abteilung: Wissenschaft und Krieg. Die Monatschrift hat also einen außerordentlich mannigfaltigen Inhalt, und da alle Artikel leicht verständlich geschrieben, viele auch mit guten Bildern versehen sind, ist es begreiflich, daß ihre Beliebtheit auch in der Kriegszeit treu bleiben, ja gerade jetzt noch viele neue Hingekommen sind. Die Zeitschrift kostet halbjährlich nur M. 2,50. Außer den Heften, die am Ende des Jahres einen stattlichen Band von gleichem Werte bilden, erhalten die Bezugsnehmer noch jedes Jahr vier oder fünf „Kosmos“-Bücher, das heißt abgeschlossene, selbständige Veröffentlichungen erster Schriftsteller aus dem Gebiete der Naturkunde. Das ist eine Leistung, die alle Anerkennung verdient.

### Vereinstell.

**Bericht der Hauptkassa vom 16. bis 21. Juli.**  
Eingelandt haben: Friedberg M. 50, Rosdorf 107,62, Glauchau 75,00, Finsterwalde 81,80, Essen 500, Düren 150, Quedlinburg 100, Heilbronn 118,20, Wiesbaden 897,62, Posen 80, Weimar 150, Düsseldorf 250, Göttingen 700, Strichberg 40, München 87,80, Oberfeld 100, Danzig 200, Dresden 2600, Gesamt 18.

Die Woche vom 29. Juli bis 4. August ist die 31. Beitragswoche. P. Deitler, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 28 des „Correspondenzblattes“ bei.

### Das Malergewerbe

Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsfragen und Gesundheitsfürsorge des Malergewerbes. Aus Anlaß der internationalen Bauhausausstellung in Weimar 1919 wurde obiges Thema vom Vorstand des Verbandes behandelt und in Broschürenform herausgegeben. Gedruckt im Verlag des Verbandes. Ladenpreis der Broschüre M. 2. Mitglieder erhalten den Vorzugspreis.